

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
41 (1927)**

21 (26.1.1927)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-544203](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-544203)

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Abonnementspreis beträgt für einen Monat 2,00 Reichsmark frei Haus, für Abholer von der Expedition (Peterstraße 76) 1,70 Reichsmark, durch die Post bezogen für den Monat 2,00 Reichsmark.

Republik

Preis 10 Pfennig

Einzelnen: mm-Zelle od. deren Raum für Kältz. - Wilhelmsh. u. Lmg. 10 Pf., Familienanseg. 8 Pf., für Einzelanw. ausdrt. 20 Pf., Postamt: mm-Zelle total 20 Pf., ausm. 70 Pf., Abat nach Tarif. Postverpflichtungen unberührt. Geschäftsstelle in Oldenburg: Kallmannsalle 32, Fernsprecher Nr. 1795

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Ostfriesland - Oldenburger Volksblatt

Hauptredaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58. Wilhelmshafen-Rüstringen, Mittwoch, 26. Januar 1927 * Nr. 21. Redaktion: Peterstraße Nr. 76, Fernsprecher Nr. 76

Der Pakt mit den Deutschnationalen.

Der Besitzbürgerblock nahezu fertig!

(Eigenbericht aus Berlin.) Im Verlauf des Dienstags wurden die Verhandlungen zur Bildung des Besitzbürgerblocks zwischen Reichsminister Dr. Marx und den fünf deutschnationalen Unterhändlern fortgesetzt. Auch Reichsarbeitsminister Dr. Brauns nahm wieder an den Verhandlungen teil. Die für ein Regierungsprogramm ausgearbeiteten Richtlinien wurden nachmittags den für die Reichsregierung in Frage kommenden Fraktionen unterbreitet. Nebenbeschlüssen schloß die einzelnen Fraktionen mit dem Stand der Verhandlungen und dem künftigen Regierungsprogramm. Eine Einigung über die programmatische Regierungserklärung ist bisher noch immer nicht erzielt; es sind noch Schwierigkeiten in Bezug auf die Formulierung über die Innen- und Außenpolitik vorhanden. So ist freilich anzunehmen, daß der Besitzbürgerblock bis Donnerstag oder Freitag in die Entscheidung tritt. Ueber den sozialpolitischen Teil des Regierungsprogramms soll ebenfalls eine volle Einigung zwischen einer „Reichskommission“ der Deutschnationalen, bestehend aus den Abgeordneten Schiele, Behrens, Vamböck, Leopold und von Golbader und den Ministern Brauns und Dr. Curtius erzielt werden sein.

Will dem Kabinett des Besitzbürgerblocks mit wohlwollender Neutralität gegenüberstehen und es unterstützen, solange die Regierung den Forderungen des Mittelstandes Rechnung trägt. Am Dienstagabend fand beim Reichsaußenminister Dr. Stresemann eine Besprechung statt, um eine Einigung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zu erzielen.

Der Vorkessel des Reichstags will sich am heutigen Mittwoch nachmittags endgültig bilden, wenn der Reichstag die Regierungserklärung des neuen Kabinetts entgegennimmt.

(Berlin, 26. Januar. Radiobericht.) Die heute vormittag vom Reichsminister Dr. Marx weitergeführten Verhandlungen zur Bildung eines Bürgerblock-Kabinetts dauerten gegen Mittag noch an. In der gemeinsamen Besprechung, die Marx mit den Vertretern des Zentrums und der Deutschnationalen hatte, fanden sich die Zentrumsländer Stegerwald und Loos sowie von den Deutschnationalen die Abgeordneten Graf Westphal, Kalkreuth, Trübner, von Golbader und Trevisan zusammen. Reichsminister Dr. Stresemann und Reichsarbeitsminister Dr. Brauns nahmen ebenfalls an der Besprechung teil, während die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftliche Vereinigung zunächst in der Besprechung nicht zugegen waren.

Gegen Mittag dauerte ebenfalls auch noch die Fraktionsführung der Demokraten an. Wie aus parlamentarischen Kreisen hierzu verlautet, lagen hier Fraktionsführung die programmatischen Richtlinien des Reichsministers Dr. Marx noch nicht vor. Die Deutschnationalen scheinen nämlich auf den Standpunkt zu stehen, daß vorher die Demokraten grundsätzlich ihre Bereitwilligkeit erklären müssen, um gemeinsam mit den Deutschnationalen in einer Regierung zu sitzen.

Die Weißrussen in Polen.

In den letzten Wochen und Monaten ist die Frage der polnischen Westgrenze, also der deutsch-polnischen Grenze, in der Öffentlichkeit viel diskutiert worden. In Deutschland hat man hierzu überwiegend den Standpunkt eingenommen, den Reichspräsident Genosse Löbe vor wenigen Tagen in seiner Rede in Kobz vertreten hat, daß diese Grenze zwar widersinnig sei, man aber nur eine Revision auf friedlichem Wege anstreben könne. Es liegt eben in dieser Grenzgestaltung einer der schwersten Fehler von Versailles, wo man glaubte, dem Strom geschichtlichen Lebens durch Paragrafen eine andere Richtung geben zu können. Das ist aber nicht das einzige Grenzproblem Polens. Dieses Land hat auch durch die Gestaltung seiner Ostgrenzen seiner politischen Entwicklung eine schwere Belastung auferlegt.

Als Beispiel im Frühjahr 1920 gegen Kiew 1920, war sein großer Plan der, die Ukraine und Weißrußland von dem russischen Sowjetstaat loszureißen und als selbständige, an Polen angelehnte Staaten zu konstituieren. Der polnisch-russische Krieg endete ohne besonderen Erfolg. Die im Frieden von Riga festgelegte Ostgrenze Polens bringt das deutlich zum Ausdruck: Polen bekam von Weißrußland und der Ukraine je ein Stück, während der größte Teil beider Gebiete als Sowjetrepublik in dem Verband der Sowjetunion blieb. Wie stark auch die alliierten Mächte die Zweckmäßigkeit einer solchen Zerreißung einseitiger Gebiete anzuweisen, geht daraus hervor, daß sie mit ihrem Beschluß vom 15. März 1923 über die polnische Ostgrenze, deren Festsetzung ihnen nach Art. 87 des Versailler Vertrages zustand, die Grenze des Rigaer Vertrages zwar anerkannten, aber den Zusatz machten: „Unter der Verantwortung der vertragsschließenden Parteien“, d. h. Polens und Sowjetrußlands.

Polen hat sich durch diese Grenze Millionen nicht-polnischer Menschen einverleibt, die — einschließlich Litauens — auf wenigstens 5 Millionen Ukrainer und 1,5 bis 2 Millionen Weißrussen zu beziffern sind. Die Juden sollen hier außer Betracht bleiben. Die Weißrussen siedeln sich in nordöstlichen Teil Polens bis in den Bialer Korridor hinein. Jeweils der Grenze bis auf der russischen Seite vier bis fünf Millionen Weißrussen geblieben. Hauptstadt und Mittelpunkt der weißrussischen Sowjetrepublik bildet Minsk. Die Nachbargate und die geschäftliche Verbindung mit Litauen haben auch Litauen eines weißrussischen litauischen Staates zur Folge gehabt, wie sie beispielsweise von Laskowski vertreten worden sind, aber ohne praktischen Erfolg.

Der weißrussische Volksstamm steht auf sehr primitiver Kulturstufe. Aber hier wie bei so vielen Stämmen des Ostens ist das nationale Bewußtsein und die Forderung nach einem nationalen Eigenleben im Wachsen. Die Polen veruchten dagegen durch einen brutalen und geistlosen Verwaltungsdapparat hier zu polonisieren. Außer den Schikanen der Beamtenwürfel ist wie im ukrainischen Gebiet Polens noch ein besonders klaffer sozialer Gegensatz zwischen einer sehr dünnen polnischen Oberschicht, z. B. dem Großgrundbesitz, und dem weißrussischen Bauer zu verzeichnen. So erreichte Polen das Gegenteil: Es forderte die friedliche und schwerfällige Bevölkerung heraus und stärkte die national-weißrussischen Tendenzen. Da aber die Weißrussen immer mehr zu der Ueberzeugung kamen, daß im Rahmen des polnischen Staates ihre national-kulturellen Forderungen, für die nur die polnische sozialistische Partei Verständnis gezeigt hatte, nicht befriedigt werden würden, bekam die weißrussische

Schwindelnde Reparationsziffern.

1,5 Milliarden als dritte Jahreszahlung!

Aus dem Bericht des Generallagern für Reparationszahlungen ergibt sich, daß die Zahlungen der dritten Jahreszahlung Deutschlands in Höhe von 1 1/2 Milliarden Reichsmark sich auf die einzelnen Länder wie folgt verteilen: Frankreich rund 741 Millionen, davon 584 Millionen für Reparationen, 110 für laufende Besetzungskosten und 14 Millionen für rüchändige Besetzungskosten. England erhält 304 Millionen Mark, darin sind enthalten u. a. 245 Millionen für Reparationen, 25 Millionen für laufende und anstehende 11 Millionen für rüchändige Besetzungskosten. Italien erhält rund 85 Millionen und Belgien rund 84 Millionen Mark. Von den Summen, die an Belgien gezahlt werden müssen, entfallen 47 Millionen auf Reparationen, 34 Millionen auf Restitutions und 25 Millionen auf laufende Besetzungskosten. Jugoslawien erhält 47 Millionen, die Vereinigten Staaten von Amerika 79 Millionen Reichsmark. Japan und die übrigen rüchändige Besetzungskosten. In der Reihenfolge der Reparationsfähiger folgen also: Rumänien mit rund 12 Millionen, Japan mit 8 Millionen, Polen erhält für Restitutions 203 000 Mark.

— Was auf die einzelnen Länder entfiel.

Ministerpräsidenten Zagen Bestehen eine Dreizehne verabsolgte. Jäh wurde zu 24 Tagen Gefängnis verurteilt, die durch die genau 24 Tage betragende Unterzahlungsfrist als verbüßt gelten, sowie zu 500 Franken Geldstrafe und 10 Jahren Landesverweisung, außerdem hat er die 300 Franken betragenden Kosten des Prozesses zu erlegen.

Flugzeugkataloge.

Aus Paris wird gemeldet: Im Vert von Cecilil kürzte gelten ein französisches Militärflugzeug aus ziemlich hohe brennend ab. Dabei kam der Beobachtungsoffizier in den Flammen um, während sich der Flugzeugführer mittels Fallschirms retten konnte.

Ein Meter Schnee in der Eifel.

Wie aus Köln gemeldet wird, haben die letzten Schneefälle in der Eifel solche Mengen Schnee gebracht, wie seit Jahren nicht mehr. Streifenweise liegt der Schnee bis zu einem Meter hoch, was zahlreiche Verkehrsstörungen zur Folge hat. In den Waldungen, namentlich in den Jungwäldern, hat der Schnee erheblichen Schaden angerichtet.

Wenig Vorbildliches aus Oldenburg.

Der Reichsminister des Innern hat dem Reichstag eine Denkschrift über den Stand der Durchführung des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt vorgelegt und der Organisation der Jugendwohlfahrtsgesetztes erläutern Gesetze und Verordnungen der Länder läßt erkennen, daß die gesetzgeberischen Grundlagen für die Organisation der Jugendämter im wesentlichen abgeschlossen sind. Diese Organisation ist in allen Ländern durchgeführt mit Ausnahme von Oldenburg, wo sie bis jetzt nur in größeren Städten geschaffen wurde und von Lippe-Deimold, das jedoch als Termin der vollständigen Durchführung den 1. Juli 1927 bestimmt.

Mit dem 1. August wird in Preußen die Amtsvormundschaft allgemein durchgeführt sein. Hinsichtlich der Mitwirkung der Jugendämter bei der Beaufsichtigung der Arbeit von Kindern und Jugendlichen haben die Länder eine Regelung bisher noch nicht vorgenommen, und zwar aus dem Grunde, weil neue reichsgesetzliche Regelungen auf dem Gebiete der Arbeit von Kindern und Jugendlichen durch das Arbeitschutzgesetz bevorzugen. Für die Zusammenarbeit der Berufsberatung mit den Jugendämtern sind von den Reichsreferats Richtlinien vereinbart worden, die den Landesregierungen und den Jugendämtern mitzuteilen worden sind.

Daß Oldenburg auf dem Gebiete der Jugendbeziehung überhaupt an letzter Stelle im Reich steht — selbst Bayern ist ihm voraus — was wunderlich? Was kann bei einer Paarung von Schwarzen und Weißen aus Gutes entstehen? Mit dem Auscheiden anderer Partei aus der Regierung ist nur nach rückwärts tendiert worden.

Sechs Monate wegen Ministerbefehligung. Wegen Befehligung des preussischen Wohlfahrtsministers Dittmer wurde von Schöffengericht Berlin-Mitte der Redakteur des „Volksfreund“ Karl Radolph zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten und der Redakteur des „Deutschen Tagesblattes“ Julius Lippert zu 2000 Mark Geldstrafe, im Nichtbeitragsstrafe zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Dem Minister wurde die Publikationsbefehligung des Artells im „Volksfreund“ im „Deutschen Tagesblatt“ im „Totalarbeiter“ und in der „Germania“ erteilt. Die beiden hatten seinerzeit das Gerücht in die Welt gesetzt, Fritzler habe sich im vorigen Jahre in Wien mit Fremdenmädchen betrunken auf der Straße herumgetrieben.

24 Tage Gefängnis für eine politische Dreizehne.

In Gené wurde gestern das Urteil gegen den ungarischen Journalisten Szabó gefällt, der seinerzeit in Gené dem

Streit um den Kopf einer Königin.



Kopf der ägyptischen Königin Nefertiti, den Geheimrat Professor Dr. Borchardt, Direktor des deutschen Instituts für ägyptische Altertumskunde, anlässlich der deutschen Ausgrabungen in Tel el Amarna im Jahre 1914 gefunden hat. Die ägyptische Regierung lehnt auf dem Standpunkt, daß der Fund widerrechtlich nach Deutschland gebracht wurde und verweigert jetzt Professor Dr. Borchardt die Genehmigung zu weiteren Ausgrabungen.

Die Gliederung der Weltbevölkerung nach Rassen



Interessante Ziffern über die Größe der großen Rassen aus denen sich die Menschheit zusammensetzt.

Preussischer Landtag.

(Berliner Bericht.) Die Weiterberatung des Wohlfahrtsrats fand in der Dienstag-Sitzung des Landtages eine Reihe des Genossen Heide-Weiden, der zu dem Problem der Erwerbslosensicherung Stellung nahm. Genosse Heide wies darauf hin, daß die totalitäre Erwerbslosigkeit ebenfalls den betagten Menschen schädlichen Einfluß ausüben würde. In der Beratung des Kapital- und Wohnungs-Verkehrs habe die Wohlfahrtsminister Herr-Weiden Stellung genommen. Am Freitagabend 19. Februar wurde im Landtag ein Antrag über das Wohnungsbauprogramm. Am Freitagabend 19. Februar wurde im Landtag ein Antrag über das Wohnungsbauprogramm. Am Freitagabend 19. Februar wurde im Landtag ein Antrag über das Wohnungsbauprogramm.

Fus dem Oldenburger Landtage.

Die dem Landtag vorgelegte neue Anlage 23 enthält den Haushaltsplan des Landes für 1928/29. Die Finanzlage des Landes ist nicht ungunstig. Der Haushaltsplan schließt mit einem Heilbetrag von 21.800 Mark, und zwar beim ordentlichen Haushalt mit einem Heilbetrag von 882.200 Mark, bei einem außerordentlichen Haushalt mit eventuell noch erhöhten durch den Kriegszustand notwendig gewordenen Hauptausgaben. Der Heilbetrag ist durch die Erträge der Steuern, die Erträge der öffentlichen Verwaltungen, die Erträge der öffentlichen Verwaltungen, die Erträge der öffentlichen Verwaltungen.

Höhere Mieten durch Erhöhung der Hauszinssteuer.

Der Mieterverein der Stadt hat sich am 1. Februar in einer Sitzung mit dem Problem der Erhöhung der Hauszinssteuer beschäftigt. Die Mieterverein der Stadt hat sich am 1. Februar in einer Sitzung mit dem Problem der Erhöhung der Hauszinssteuer beschäftigt. Die Mieterverein der Stadt hat sich am 1. Februar in einer Sitzung mit dem Problem der Erhöhung der Hauszinssteuer beschäftigt.

Der arbeitslosen Bevölkerung und an jene großen Schichten der Bevölkerung, denen die heutige 100prozentige Miet-erhöhung unmöglich ist, und bei der ferner keine Abmilderung durch die Erhöhung der Hauszinssteuer zu erwarten ist, die Erhöhung der Hauszinssteuer ist in jedem Falle ein Mittel, um die Erhöhung der Hauszinssteuer zu erreichen.

Der Minister betont nun in einer Besondere ausdrückliche, daß dieser Antrag eine Privatangelegenheit ist und keine öffentliche Angelegenheit ist. Der Minister betont nun in einer Besondere ausdrückliche, daß dieser Antrag eine Privatangelegenheit ist und keine öffentliche Angelegenheit ist.

Es ist erstens, daß Herr Minister sich den Kopf darüber zerbricht, wie die Wohnungs- und Erwerbslosen mit einem solchen Antrag beizugehen haben. Es ist zweitens, daß Herr Minister sich den Kopf darüber zerbricht, wie die Wohnungs- und Erwerbslosen mit einem solchen Antrag beizugehen haben.

Veränderungen im Reichswehr-Kommando.



General Halle, General v. Hoberg, General v. Amberg, General v. Tschischwitz

Am 1. Februar tritt in den höheren Kommandostellen der Reichswehr eine Anzahl wichtiger Veränderungen ein. General Halle tritt in den höheren Kommandostellen der Reichswehr eine Anzahl wichtiger Veränderungen ein.

Parteiangelegenheiten.

Die Tagung der sozialdemokratischen Akademie, die im vergangenen Jahr in Berlin stattfand, hat eine interessante Tagung der sozialdemokratischen Akademie, die im vergangenen Jahr in Berlin stattfand.

Gewerkschaftliches.

Das Verbot der lausnischen Jugend, in Dresden werden am 20. Februar d. J. im Rahmen der lausnischen Jugend, in Dresden werden am 20. Februar d. J. im Rahmen der lausnischen Jugend.

Jahren Justizhaus verurteilt. Strafbefehl beantragte die Staatsanwaltschaft in einem Strafverfahren vor dem großen Senat des Reichsgerichts, den am 1. Februar verurteilt. Strafbefehl beantragte die Staatsanwaltschaft in einem Strafverfahren vor dem großen Senat des Reichsgerichts.

Der Frauenkammer. Wenn ich mit jungen Damen zusammen bin, weiß ich nie, was ich mit ihnen reden soll. Wenn ich mit jungen Damen zusammen bin, weiß ich nie, was ich mit ihnen reden soll.

Das Kind ist kein Fingerring. Ein Arbeiter in einem schlesischen Orte vergaß sich damit, mit seinem dreijährigen Jungen „Fingerring“ zu spielen. Ein Arbeiter in einem schlesischen Orte vergaß sich damit, mit seinem dreijährigen Jungen „Fingerring“ zu spielen.

Briefkasten. Arbeitsjubiläum. Der Kupfermeister H. Hofmann in Rützingen, Edo-Wiemer-Str. 11, feierte gestern sein 25jähriges Arbeitsjubiläum. Der Kupfermeister H. Hofmann in Rützingen, Edo-Wiemer-Str. 11, feierte gestern sein 25jähriges Arbeitsjubiläum.

Das große Schiffsverderb. Einmal habe ich in den vergangenen Jahren den Schiffsverderb in den vergangenen Jahren den Schiffsverderb in den vergangenen Jahren.

Falsche Propheten. Durch eine Kartenlegung ist in Halle die junge Frau eines Kaufmanns in den Tod getrieben worden. Durch eine Kartenlegung ist in Halle die junge Frau eines Kaufmanns in den Tod getrieben worden.

Gewerkschaftlich. Der kommunistische Kalender. Holzarbeiterjugend. Morgen abend Preisverleihung. Holzarbeiterjugend. Morgen abend Preisverleihung.

